

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Ab 14. Oktober
ersch. in der Republik der Arbeit

14. Oktober
SCHKID
Die Republik der Arbeit
Der Fürsorge-Brüderungs-Roman
in der Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Druckpreis: frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,90 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-III / Geschäftsstelle und Redaktion: Oberbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690
Erscheinenszeiten: Montag von 18 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für berufs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitag von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Normzeile oder deren Raum 0,55 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. Für die Anzeigenzeitung am Freitag an den dreißigtägigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigen-Zinnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-III, Oberbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 12. Oktober 1929

Nummer 239

KPD-Vorstoß gegen das Zündholzmonopol

Auch Bier und Tabak sollen monopolisiert werden / Berliner Magistrat deckt den Korruptionisten Böß / Freche Verdächtigung der Roten Hilfe und IZH zurückgewiesen / Rote Fahnen im Gerichtssaal als Zeichen des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern

Ungeheuerlicher Preiswucher in Vorbereitung

(Telegramm unseres Berliner Korrespondenten.)

Berlin, 12. Oktober.

Die Reichstagsfraktion der Kommunistischen Partei Deutschlands hat, wie ich soeben erfahre, folgenden Antrag gegen die zur Zeit schwebenden Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit den Vertretern des Schwedentrusts eingereicht:

„Der Reichstag möge beschließen: die Reichsregierung wird aufgefordert, sofort alle Verhandlungen über ein Zündholzmonopol abzubrechen, da das Zündholzmonopol, über das gegenwärtig der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding mit dem Schwedentrust verhandelt, für die gesamte werttätige Bevölkerung Deutschlands eine neue außerordentlich schwere Belastung bedeutet.“

Stoedter, Neubauer und Genossen.“

Wir berichteten bereits gestern über den neuen Schlag gegen die arbeitende Bevölkerung, der durch die Monopolisierung auf dem Gebiet der Zündholzproduktion geführt werden soll. Dieses neue Monopol, dessen politische anti-hörschwermistische Seite wir bereits gestern beleuchteten, soll bei Ausföhrung der billigeren Sowjetzündhölzer dem neuen Trust einen riesigen jährlichen Millionengewinn bringen, dafür will der Schwedentrust, hinter dem das amerikanische Kapital steht, dem Reiche eine 500-Millionen-Markelne gewähren, die mit 6 Prozent durch die Steuer-gelder der werttätigen Massen verzinst und amortisiert werden soll. Dafür hat der Schwedentrust freie Hand bei der Festsetzung der Preissteigerung durch Ausföhrung jeder Auslandszuföhrung. Da in Deutschland jährlich ca. 2 1/2 Milliarden Schachteln Streichhölzer verbraucht werden, bedeutet das schon bei der Erhöhung um 1 Pfennig einen Mehr-gewinn von 25 Millionen Mark. Dabei ist klar, daß sich dieser mit neuen Vollmachten ausgestattete gemal-tine Trust nicht mit der Erhöhung um 1 Pfennig begnügen wird. Daraus kann schon die Riesensumme des zu erwar-tenden Mehrertrags entnommen und gleichseitig die Höhe der neuen Massenbelastung durch das sozialdemokratisch geleitete Finanzministerium ermessen werden. Die bis-herigen Verhandlungen haben ergeben, daß dieses Monopol an den Schwedentrust geföhrdet werden soll in ein schei-bares „Reichsmonopol für Zündholzhandel“, wobei die

Preissteigerung durch die Unternehmungen des Schweden-trusts festgelegt werden soll. Dieser neue unerdörte Preis-wucher vollzieht sich unter der Aufsicht der Sozialdemokra-tischen Partei und ihrer Presse und zeigt der werttätigen Bevölkerung deutlich auf, wohin der Kurs führt, wenn nicht entschlossener und einheitlicher Widerstand gegen den groß-kapitalistischen Monopol- und Trustwucher organisiert wird.

Böß



Der Mann, der seiner Frau Belge schenken ließ um sich bei den Armen beliebt zu machen.

Die politische Bedeutung unserer Pressewerbung

A. Z. Unter der Initiativen Führung der Sozialfaschisten geht die deutsche Trustbourgeoisie nach einem in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Plan auf der ganzen Linie zum Angriff auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse über.

Der im Gang abgeschlossene Finanzplan bringt die deutsche Bourgeoisie, um ihren eingegangenen Verpflichtungen nachzu-kommen, zur verführten Konkursens um den Weltabstamm. Durch immer stärkere Konzentration und Vertrustung verlaufen die ausschlaggebenden Kreise der Industrie, Banken und Land-wirtschaft, sich ein

Weltmonopol

zu schaffen. Die jetzt vollzogene Fusion der Deutschen Bank mit der Diskontogesellschaft bedeutet, wie die Kürtenpreise selbst er-

klärt, das größte Ereignis in der Wirtschaftsgeschichte der deut-schen Republik. Die Abhängigkeit der kleineren Banken von der „Deutschen Bank und Diskontogesellschaft“ wird sich vergrößern und weitere Vertrustungen der Banken nach sich ziehen. Aber auch in der Industrie werden sich die Folgen dieser Bankkonzentration bald bemerkbar machen. Die beiden T-Banken waren die Geldgeber und Stützen bedeutender industrieller Unternehmungen, die letztere in Konkurrenz zueinander standen und die sich sehr ebenfalls vereinigen werden.

Für die Bankfaschistische Nationalisierung verfröchte Aus-beutung und Massenelend mit sich bringen.

Die Zahl der Erwerbslosen wird um einige Zehntausende neh-men, während auf der anderen Seite der Gewinn der Aktionäre sich bedeutend erhöhen wird.

Die rücksichtslose kapitalistische Nationalisierung, das Sek-tempo der Arbeit am laufenden Band, das brutale Antirepubli-kanism, verbunden mit Betriebsstillegungen, führt von Monat zu Monat zur Vergrößerung der Erwerbslosenarmee. Nach dem Bericht der Bundesratsminister betrug

die Zahl der Haupt- und Krisenunterstützungsempfänger am 15. August 870 000 und liegt bis 31. August auf 883 000.

Seither hat sich die Zahl bedeutend erhöht. Dazu kommt, daß in der amtlichen Statistik all die Hunderttausende, die aus der Wohlfahrtspflege unterlöst werden oder gar keine Unterstützung erhalten, überhaupt nicht registriert werden. Massenarbeitslosigkeit auf der einen Seite, Zollerhöhungen und Festsetzungen auf der anderen. Durch direkte und indirekte Senkung des Real-löhnes will die deutsche Bourgeoisie die Reparationslasten auf die Schultern der Werttätigen abwälzen. Der Abbau der Sozial-politik ist ein wichtiger Bestandteil dieser Politik. Die Erhö-hung der Versicherungsbeiträge und Kürzung der Leistungen ist der erste Schritt den die Bourgeoisie zur vollständigen Be-seitigung der sozialen Fürsorge unternimmt.

Die kapitalistische Klasse ist sich klar, daß sie ihr Ziel nur verwirklichen kann unter der Anwendung der brut-alsten Mittel zur Niederschlagung der Arbeiterklasse.

In diesem Kampf leistet ihr der Sozialdemokratie nicht nur Hilfeleistung, sie ist vielmehr unter Anwendung der sozialfaschi-stischen Methoden der Organistator und Führer bei Errichtung der kapitalistischen Diktatur. Die Masse der Demokratie fallen lassen, verbot Severing den Roten Frontkämpferbund, unter Verletzung elementarster Grundzüge der Arbeiterdemokratie werden die Gewerkschaften gespalten, im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutung führen die Gewerkschaftsbüros Streikbrecherermittlung durch und würgen die Wirtschaft hinter die Paragrafen der Schlichtungsregelung stüch-tend, ab.

In gemeinsamer Front mit den Faschisten werden von SPD-Funktionären Arbeiter niedergeschlagen und die Versammlungen des revolutionären Proletariats überfallen. Die sozialdemokrati-schen Minister und Polizeipräsidenten sind die Organistatoren des Faschismus, wie sich das in Berlin, Nürnberg, Stuttgart, Dres-den und anderen Städten gezeigt hat. Die Sozialdemokratie ist genötigt, die gegen Ausbeutung und Klassenverrot kämpfenden

Aufruf zur Solidarität

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Seit 7 Wochen führen die Berliner Kohrleger einen Kampf, der für die gesamte Arbeiterschaft von größter Bedeutung ist.

Gegen den Willen von neun Zehntel der Kohrleger und Helfer wurde ein Tarif abgeschlossen, der wesentliche Verschlechterungen enthält. Auf Verlangen der reformisti-schen Leitung des DVB wurde dieser Tarif vom sozial-demokratischen Arbeitsminister Wiffel für verbindlich er-klärt.

Die aus dem DVB wegen ihrer oppositionellen Tätig-keit herausgeworfenen Kohrleger schlossen sich zusammen und nahmen den Kampf gegen Schlichtungsdictatur und Verrat der Sozialfaschisten auf. Mutig und entschlossen zeigen sie den Weg, den die Arbeiterschaft gehen muß. Unternehmer und Reformisten wollen: siegen die Kohr-leger, so werden andere Arbeiter diesem Beispiel folgen, die Radikalisierung des Proletariats würde ihnen gefähr-lich. Die Monopolstellung der Reformisten bei Tarif-abschlüssen wäre durchbrochen. Das wollen sie ver-zögern, mit den Kohrlegern wollen sie die die oppositionellen Arbeiter überhaupt schla-gen.

Sozialfaschisten und Unternehmer arbeiten Hand in Hand. Unternehmer verschiden die Flugblätter des DVB, die sich gegen den Streik und die Kampfsenden richten. Die Sozialfaschisten haben die Aufgaben der berück-sichtigten Teno übernommen und ver-mitteln Streikbrecher. Dazu brauchen sie die Gelder, die die Streikenden jahre- und jahrzehntelang ein-gezahlt haben und um die man sie durch strafunwürdigen Ausschlag betrogen hat. Sie ernteten das offene Lob der Unternehmer.

Arbeiter! Klassengenossen!

Der Kampf geht um mehr als einige Pfennige Lohn-erhöhung!

Das ist der Kampf gegen die „gelegmäßige“ Anebelung des Proletariats!

Es ist dein Kampf, dein Sieg oder deine Nieder-lage!

Stehst gegen die Front der Sozialfaschisten, Unter-nehmer und seinen Staatsapparat die unüber-windliche Front der proletarischen Solidarität!

Rechnet wöchentl. einen Stundenlohn!

Reicht in jeder Versammlung Stellung zum Kampf der Kohrleger!

Kein Betrieb, keine Versammlung ohne Sammlung für die Streikenden!

Unterstützt die Sammelaktion der IZH!

Fordert sofort Vikten an!

Internationale Arbeiterhilfe Ostschlesien,
Kommunistische Partei, Bezirk Ostschlesien,
Rote Hilfe, Bezirk Ostschlesien,
Karteil der Antifaschistischen Arbeiterwehren,
KAWB,
KAWB, Bund proletarischer Frauen,
Internationaler Bund der Opfer des Krieges
und der Arbeit, Gau Ostschlesien.

Bier- und Tabakmonopol

Neuer ungeheuerlicher Preiswucher

Berlin, 12. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Der deutsche Handelsdienst ist aus unterrichteten Krei-sen darüber informiert, daß neben dem Streichholzmonopol, das eine sofortige Erhöhung der Zündholzpreise um 20 Pro-zent und das Verbot der Einföhrung sowjetrussischer Streich-hölzer bringt, weiter ein Biermonopol als Verkaufsmonopol und ein Tabakmonopol für alle Tabakerzeugnisse vor-gehen sind. Die Beratungen im Reichsfinanzministerium sind schon so weit gediehen, daß bereits die Verkaufspreise für die einzelnen Erzeugnisse genannt werden. Die mono-polisierten Waren werden im Preise scharf getriggert werden.